



## Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



29.09.2011

EVP-Fraktion  
im Europäischen Parlament

Liebe Leserinnen,  
Liebe Leser,

### Neue Haushaltsordnung passiert Ausschüsse

Es ist immer wieder ein gutes Gefühl zu sehen, wie die Arbeit mehrerer Jahre nach und nach Früchte trägt. Ein solcher Moment war für mich am Montagabend, als Haushalts- und Haushaltskontrollausschuss meinen Gesetzesentwurf für eine neue Haushaltsordnung der EU angenommen haben. Die Abstimmung dauerte über 2 Stunden. Damit ist die erste wichtige Hürde überwunden. Als nächstes steht die Abstimmung im Plenum an, danach gibt der Ministerrat sein Votum ab. Die Haushaltsordnung ist ein ganz wichtiges Projekt, weil damit viele Weichen für die Zukunft gestellt werden: Sie regelt nicht nur, wie der jährliche Haushaltsplan der EU aufgestellt wird, sondern zum Beispiel auch, welche Informationen die Kommission über ihre Aktivitäten veröffentlichen muss, wie Fördermittel beantragt werden können, oder mit

welchen Kontrollen Zahlungsempfänger belegt werden. Der jetzt abgestimmte Entwurf räumt mit einigen jahrelangen juristischen Streitpunkten auf und beinhaltet aus Sicht der europäischen Bürger zahlreiche Verbesserungen in den Bereichen Transparenz, Effizienz und Verwaltungsvereinfachung: So ist vorgesehen, dass die Kommission weitaus mehr Daten offenlegen muss als bisher, zum Beispiel was die Personal- und Verwaltungskosten angeht. Größere Mittelübertragungen, also Veränderungen am Haushaltsplan des laufenden Jahres, müssen vom Parlament bewilligt werden. Für die Empfänger von Fördergeldern werden die Dokumentations- und Kontrollvorschriften bei kleineren Summen erheblich reduziert. Förderanträge werden vereinfacht, ihre Bearbeitung wird prinzipiell auf sechs Monate begrenzt, Auszahlungen sollen in der Regel innerhalb von dreißig Tagen erfolgen. All das ist nicht weniger als ein Quantensprung in der Nutzerfreundlichkeit für die Empfänger von EU-Fördergeldern wie Land-

wirte, Vereine oder Bildungseinrichtungen.

### „Sixpack“ für mehr Haushaltsdisziplin

Wir lernen aus den Lücken und Unterlassungsünden der bisherigen Währungsunion: Euro-Mitgliedsländer, die ihr Haushaltsdefizit oder ihre Staatsverschuldung nicht im Griff haben, werden in Zukunft nicht mehr einfach um Strafen herumkommen. Dies ist eines der Hauptergebnisse der Verhandlungen um 6 Gesetze, den sogenannten „Sixpack“, der jetzt vom Parlament angenommen worden ist. Das Maßnahmenpaket zur europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik verschärft den Stabilitäts- und Wachstumspakt von Maastricht erheblich. So kann die EU-Kommission in Zukunft Länder, deren Haushaltspolitik aus dem Ruder läuft, warnen. Diese Warnung kann nur von einer Mehrheit im Ministerrat blockiert werden, wofür sich dieser dann öffentlich vor dem Parlament rechtfertigen muss. Die zweite Stufe bilden dann Sanktionen in Form von Straf-Kautionen,

### So können Sie mich erreichen:

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro  
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland  
Telefon: +49732120071 | Telefax +49732120073  
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 15 E 158 | 1047 Brüssel | Belgien  
Telefon: +3222845868 | Telefax +3222849868  
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich  
Telefon: +33388175868 | Telefax +33388179868  
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu



## Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



29.09.2011

EVP-Fraktion  
im Europäischen Parlament

wenn ein Land auf die Mahnungen der Kommission zu mehr Ausgaben-Disziplin nicht reagiert oder seine Schulden nicht schnell genug abbaut. Ignoriert der Staat die Auflagen aus Brüssel weiterhin, so kann die Kautions in ein Bußgeld umgewandelt werden. Das Europaparlament hat auch das Recht errungen, Finanzminister von verwarnten Ländern zu Anhörungen einzuladen. Außerdem neu eingeführt wird eine Geldstrafe von 0,2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für verfälschte Schulden-Statistiken sowie eine Straf-Kautions von 0,1% des BIP für Euroländer, die es nicht schaffen, gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte, zum Beispiel im Außenhandel, abzubauen.

### **Barroso hält Rede zur „Lage der Union“**

Kommissionspräsident Barroso hielt seine jährliche Rede zur Lage der Union vor den Europaabgeordneten. „Wir dürfen die Errungenschaften eines vereinten Europas nicht in Frage stellen“, war seine Botschaft an die Parlamentarier. Barroso

forderte außerdem, dass die EU angesichts der Krise mehr Kompetenzen im Bereich der Wirtschafts- und Finanzpolitik erhalten sollte. Ohne diese könne eine gemeinsame Währung nicht funktionieren.

### **Hilfe aus Europa für deutsche Arbeitslose**

778 entlassene Arbeitnehmer in Arnberg und Düsseldorf sollen Hilfen in Höhe von 4,35 Millionen Euro durch den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung erhalten. Die Abgeordneten haben dem Antrag auf Hilfszahlungen für die ehemaligen Beschäftigten von fünf Unternehmen der Automobilindustrie zugestimmt.

### **Ziel: Keine Unfalltoten auf Europas Straßen**

Auf Europas Straßen sollen Menschen im Straßenverkehr nicht mehr sterben. Das ist das langfristige Ziel des Europaparlaments zur Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr. In einem ersten Schritt sollen nun zwischen 2010 und 2020 die Zahl der Schwerver-

letzten um 40% und die der getöteten Kinder um 60% reduziert werden. Das geht aus einem am Dienstag verabschiedeten Bericht zur Verkehrssicherheit hervor. Außerdem solle die EU Alkohol-Wegfahrsperrern fördern und eine europaweite Geschwindigkeitsbegrenzung von 30 km/h in Wohngebieten anstreben. Das Parlament empfiehlt zudem eine verstärkte Harmonisierung von Verkehrsschildern, Regeln und Promillegrenzen.

### **Neue Steuer auf Finanztransaktionen**

Als weitere Maßnahme zur Bekämpfung von Finanzmarktgeschäften und zur Regulierung der Finanzmärkte legt die EU-Kommission einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen vor. Bis zu 55 Mrd. Euro soll sie ab 2014 pro Jahr einbringen. Besteuert werden sollen Kauf und Verkauf von Aktien, Anleihen und anderen Wertpapieren zwischen Finanzinstituten. Ausgenommen ist das Privatkundengeschäft. Der Steuersatz soll bei voraussichtlich 0,1% liegen.

### **So können Sie mich erreichen:**

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europabüro  
Grabenstraße 24 | 89522 Heidenheim | Deutschland  
Telefon: +49732120071 | Telefax +49732120073  
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
Rue Wiertz, ASP 15 E 158 | 1047 Brüssel | Belgien  
Telefon: +3222845868 | Telefax +3222849868  
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu

Dr. Inge Gräßle MdEP | Europäisches Parlament  
LOW 10 T 018 | 67000 Straßburg | Frankreich  
Telefon: +33388175868 | Telefax +33388179868  
info@inge-graessle.eu | www.inge-graessle.eu